

Mayen, 15.05.2009

Presseinformation



Präsentierten in Weißenthurm die Jahresbilanz der ARGE Mayen-Koblenz (von links): ARGE-Geschäftsführer Rolf Koch, seine Stellvertreterin Marianne Morgenschweis, der Mayener Arbeitsagenturleiter Günter Thull und Erster Kreisbeigeordneter Bernhard Mael.

Weniger Hartz IV-Empfänger im Kreis

ARGE legt Jahresbericht 2008 vor: Zahl der Bedarfsgemeinschaften geht zurück – Integrationen gesteigert - Wirtschaftskrise gefährdet Erfolge

MAYEN-KOBLENZ. Einmal im Jahr wird Bilanz gezogen. Das ist auch bei der ARGE Mayen-Koblenz so, jener Arbeitsgemeinschaft von Landkreis und Arbeitsagentur, die für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien zuständig ist. Auf den ersten Blick wirkt das mehrseitige Werk mit seiner Fülle an Zahlen recht nüchtern. Doch hinter all den Ziffern, Berechnungen und Vergleichen verbergen sich die Schicksale all jener Bürger, die auf Unterstützung durch Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Und damit bildet der Rückblick auf das Jahr 2008 nicht nur die Arbeit der ARGE, sondern auch die soziale Wirklichkeit in der Region ab. Darauf wiesen der Erste Kreisbeigeordnete Bernhard Mael

und der Mayener Agenturleiter Günter Thull bei der Präsentation des Zahlenwerkes hin. Mauel ist Vorsitzender der ARGE-Trägerversammlung, Thull sein Stellvertreter.

2634 Menschen fanden im vergangenen Jahr mit Hilfe der ARGE wieder eine Beschäftigung. Besonders bei den unter 25-Jährigen konnte die Integrationsquote deutlich – nämlich um knapp 28 Prozent – gesteigert werden, wodurch die Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe um die Hälfte zurückging. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging auf durchschnittlich 6610 zurück – 2007 waren es 6769. Damit waren im Jahresdurchschnitt 13.562 Menschen von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld abhängig; 2007 waren es noch 13.814. 2008 kamen auf 1000 Einwohner im Landkreis kamen 64 Leistungsempfänger. 2007 lag das Verhältnis bei 1000:65. Die Kosten der Grundsicherung konnten durch diesen Rückgang um mehr als eine Million auf nun 64 Millionen Euro gesenkt werden. Jeden Monat zahlte die ARGE 2008 damit rund 5,34 Millionen Euro aus; im Jahr zuvor waren es noch 5,43 Millionen. Da sich die Integrationskosten deutlich (um 1,6 Millionen Euro) und die Personal- und Sachkosten leicht (um 74.000 Euro) erhöhten, stiegen die Gesamtausgaben der ARGE gegenüber dem Vorjahr dennoch um rund 600.000 auf nun rund 83,2 Millionen Euro an.

11,7 Millionen Euro gab die ARGE im vergangenen Jahr für die Integration der Arbeitslosen aus, gut eine Million davon kamen vom Land und vom Europäischen Sozialfonds, die damit Projekte der ARGE förderten. Ein Schwerpunkt der Projektarbeit lag auch im vergangenen Jahr bei der Jugend. „Es ist nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern für die ganze Gesellschaft von entscheidender Bedeutung, dass jungen Leuten der Einstieg ins Berufsleben gelingt“, erklärt ARGE-Geschäftsführer Rolf Koch. Aber auch andere Gruppen – etwa Migranten oder Berufsrückkehrerinnen – wurden mit gezielten Angeboten unterstützt. „Die Initiative solcher Projekte geht meist von unseren Fallmanagern aus, die intensiv mit unseren Kunden zusammenarbeiten und deshalb auch am besten wissen, wo es den dringendsten Bedarf gibt.“

Auch im vergangenen Jahr habe sich allerdings bestätigt, dass es immer teurer, weil aufwändiger werde, Menschen nach einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, erklärte Günter Thull. So lag auch im letzten Jahr der Anteil der Integrationen, die dank Förderung zustande kamen, bei 60 Prozent. „Aber selbst der massive Einsatz von Geld und Personal führt nicht in jedem Fall zum schnellen Erfolg.“

Noch einmal angestiegen ist die Zahl derer, die trotz Einkommen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Allerdings verdient der größte Teil dieser Menschen, nämlich 2179, weniger als 800 Euro, arbeitet also in einem so genannten Mini- oder Midi-Job. 527 Männer und Frauen verdienen zwar mehr als 800 Euro, aber nicht genug, um sich und ihre Familie zu versorgen. „Natürlich ist es sozialpolitisch bedenklich, wenn ein Mensch von dem, was er in einer Vollzeitstelle verdient, seine Familie nicht ernähren kann“, gibt Bernhard Mael zu bedenken. Aber gerade in dieser Personengruppe seien die Zahlen rückläufig. „Anders sieht es bei den geringfügigen Beschäftigungen aus. Hier ist die Steigerung schon deshalb zu begrüßen, weil die Alternative in den meisten Fällen der ausschließliche Bezug von Arbeitslosengeld II wäre. Wer stattdessen einen Mini- oder Midi-Job annimmt, trägt dadurch nicht nur selbst zu seinem Lebensunterhalt bei. Er oder sie unternimmt auch einen wichtigen Schritt zur Integration in den Arbeitsmarkt.“

Auch 2008 waren nicht alle Betroffenen mit den Entscheidungen der ARGE einverstanden. Rund 1500 Mal erhoben sie Widerspruch. In knapp 600 Fällen (40 Prozent) wurde dem Protest ganz oder teilweise stattgegeben. Schlechter waren die Chancen derjenigen, die sich nach zurückgewiesenem Widerspruch zur Klage entschieden: Von 171 Klägern bekamen nur 15 vor Gericht Recht, 42 wurden abgewiesen und 114 Klagen wurden zurückgenommen.

Einen Teil des Geldes, das die ARGE an Bedürftige auszahlte, konnte sie auch 2008 von anderer Stelle wieder zurückfordern. Vor allem ging es dabei um Unterhaltsforderungen von Kindern und Ehegatten. Auf diese Weise flossen 2008 knapp 200.000 Euro in die Kassen der ARGE zurück. Rund 457.000 Euro sparte die ARGE durch die Überprüfung von Bedarfsgemeinschaften ein. 745 Mal rückten die Mitarbeiter im vergangenen Jahr dafür aus; 47 Mal war dem eine anonyme Anzeige vorausgegangen. Die häufigsten Verstöße wurden in Zusammenhang mit den Wohnverhältnissen oder wegen eheähnlicher Verhältnisse registriert. Keine Rolle spielte hingegen illegale Beschäftigung.

Beim Ausblick auf das laufende Jahr wagten Trägervertreter und ARGE-Geschäftsführer keinen allzu großen Optimismus. „Ob wir das, was wir in den letzten Jahren an Boden gewonnen haben, sichern oder sogar noch verbessern können, hängt vom Verlauf der aktuellen Wirtschaftskrise ab“, meinte Bernhard Mael. „Allzu hoch können wir unsere Erwartungen wohl nicht stecken.“